

Die euronukleare Supermacht und das Ende des atlantischen Zeitalters

Politische Perspektiven für die neunziger Jahre

Michael Hennes, geb. 1965 in Köln, lebt als freier Journalist in Pulheim.

„Europa und die westliche Welt als ganzes haben weitreichende Entscheidungen zu treffen, Entscheidungen, die eine größere Wirkung haben werden als viele von uns heute erkennen . . . Europa muß in die Lage versetzt werden, die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.“ (Hans-Dietrich Genscher)¹

Das Auseinanderbrechen der Anti-Hiter-Koalition im Streit über die Trümmer des Zweiten Weltkrieges schnitt die politische Geografie der Nachkriegszeit. Als wirtschaftlicher Sieger stiegen die Vereinigten Staaten zur unumstrittenen Führungsmacht im westlichen Staatenbündnis empor. Ihr Bündnis gründete sich ideologisch auf die globale Gegnerschaft zum Sowjetkommunismus. Die USA schritten als Herausforderer dieser sowjetischen

¹ H. D. Genscher, Gorbachov needs a new Foreign Policy, in: European Affairs, Spring 1987, S. 79.

Bedrohung in die Weltarena. Sicherheitspolitisches Kernmotiv der NATO war hierbei, einen neuen Weltkrieg zum Schutz aller Mitgliedstaaten zu verhüten.

Für die Notwendigkeit eines westlichen Bündnisses gibt es einen breiten Konsens. Der amerikanische Führungsanspruch hingegen hat heute in Westeuropa keine stabile Grundlage mehr. Die sich seit dem Scheitern der Entspannungspolitik bis zur Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß zuspitzenden Auseinandersetzungen führten offenbar zu der Überzeugung „einer bedeutenden Anzahl von Europäern, daß amerikanische Politik das Kriegsrisiko erhöht.“² Weithin abgelehnt wird in Westeuropa die amerikanische Hegemonie. Gegen die Nuklearrüstung im allgemeinen richtet sich wachsende Kritik alleine in der Bundesrepublik.³ In Westeuropa besteht somit „eine deutliche Mehrheit für ein enges Zusammengehen in der Sicherheitspolitik“.⁴ Die Schaffung eines „zweiten Pfeilers der NATO“ könnte das Konsensproblem westeuropäischer Sicherheitspolitik lösen, und dieses Problem ist virulent: „Die Schaffung eines neuen inneren Konsenses wird die Hauptaufgabe sein, der die Allianz über das nächste Jahrzehnt hin gegenübersteht.“⁵ Tatsächlich ist es für die Beibehaltung herkömmlicher Sicherheitspolitik entscheidend, ihr über die Europäisierung neue Akzeptanz in der Bevölkerung zu verschaffen. Die europäische Einigung gewinnt hier programmatisch einen ausgesprochenen militärischen Charakter als Antwort auf „die zwei hauptsächlichen Probleme, denen sich Europa heute gegenübersteht: die wirtschaftliche Krise und die Sicherheit.“⁶ Als „Europas größte Hoffnung“ setzen die Apologeten konservativer Erneuerung auf „Veränderungen in den kulturellen Werten“⁷ und empfehlen hierzu „die Promotion von TV-Kanälen, die das gleiche Bild über ganz Europa ausstrahlen, begleitet von verschiedenen Klängen, was der gegenwärtige Stand der Technik in Kürze ermöglichen wird.“⁸

Vorreiter ist Frankreich, wo der nationale Glanz militärischer Größe in vermeintlicher Neutralität den Kern des seit Jahrzehnten zwischen Gaullisten und Sozialisten bestehenden Strategiekonsenses bildet. Die „Force de Frappe“ gilt als „Symbol und Schlüsselinstrument nationaler Unabhängigkeit.“⁹ Doch der Mythos ist Schimäre. Durch die Nähe zur innerdeutschen Grenze bildet Frankreich in Wahrheit mit der Bundesrepublik und damit der NATO „aus geografischen Gründen eine strategische Einheit.“¹⁰ Die Block-

2 S. F. Szabo, *European Opinion after the Missiles*, in: *Survival*, November/December 1985, S. 270; vgl. auch K. H. Reuband, *Antiamerikanismus - ein deutsches Problem?*, in: *Sicherheit und Frieden* 1/85, S. 51 f.

3 Szabo 1985, S. 268; für Großbritannien besonders krass, siehe *The Times*, 23.2. 86, S. 1,3.

4 I. Adam-Schwaetzer, Rede auf der 13. Deutsch-Französischen Konferenz, Hamburg, 4.6. 87, in: *Bulletin (BT)* 56/87, S. 499.

5 Szabo 1985 (Anm. 2), S. 272.

6 R. Barre, *European Preparedness for the next Millenium*, in: *European Aff airs*, Spring 1987, S. 19.

7 F. Heisbourg, *Europe at the Turn of the Millenium: Decline or Rebirth?*, in: *The Washington Quarterly*, Winter 1987, S. 47.

8 Barre 1987 (Anm. 6), S. 22.

9 P. Lellouche, *France and the Euromissiles: The Limits of Immunity*, in: *Foreign Aff airs (FA)*, Winter 1983/84, S. 324.

10 A. Dregger, *Abrüstungsprozeß muß sich fortsetzen*. Pressedienst der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 19.6.87, S.3.

lage und die formal nie aufgekündigte Bündniszugehörigkeit aber sind nüchterne Realitäten einer „Grande Nation“, die „die meisten französischen Bürger nicht als Mitgliedschaft verstehen, weil es dies ist, was sie seit Jahren von ihren Medien erzählt bekommen.“¹¹

Tabelle: Ständig einsatzbereite nukleare Waffensysteme von Großbritannien und Frankreich. Stand 1984 und 1996.

FRANKREICH	Jahr der Einführung	Stand 1984		Stand 1996	
		Syst.	Gef.k.	Syst.	Gef.k.
Landgestützte Systeme					
Pluton	1974	44	44	—	—
SSBS S-3	1980	18	18	—	—
Hades	1990	—	—	(200)	(200)
SX/S-4	1996	—	—	(100)	(100)
Seegestützte Systeme					
MSBS M-20	1977	80	80	16	16
MSBS M-4	1985	—	—	80	576
MSBS M-5	2000	—	—	—	—
Kampfflugzeuge					
Mirage III E	1961	119	60	—	—
Mirage IV A	1964	47	33	18	18
Super Etendard	1979	64	72	80	80
Mirage 2000 N	1988	—	—	200	200
TOTAL		372	307	694	1.190
GROSSBRITANNIEN					
Landgestützte Systeme					
Haubitze M 109/110	1964/62	117	40	—	—
Raketenwerfer Lance	1972	12	12	—	—
Seegestützte Systeme					
Polaris-Chevaline	1964/82	64	192	—	—
Trident II-D 5	1990	—	—	64	640
Kampfflugzeuge					
Buccaneer	1962	80	36	—	—
Jaguar	1974	100	48	100	48
Sea Harrier	1979	26	15	—	—
Tornado	1982	100	24	220	220
AV-8 B Harrier II	1986	—	—	60	60
TOTAL		499	367	444	968
Frankreich u. Großbritannien	Insgesamt	1.071	674	1.138	2.158

() = Planung noch nicht abgeschlossen. Endgültige Systemgestaltung und -zahl steht derzeit nicht fest.

Quellen: International Institute for Strategic Studies, *The Military Balance 1984/85*, London 1984; Stockhohn International Peace Research Institute, *Waffenexport und Krieg. Rüstungsjahrbuch 4*, Reinbek 1984; D. S. Yost, *Adelphi Papers No. 194*, Winter 1984/85; Berichte in Zeitungen und Zeitschriften.

¹¹ Siehe Anm. 9.

Am Anfang des Mythos stand das Bewußtsein militärischer Stärke: „Ein großer Staat, der keine Atomwaffen besitzt, kann nicht Herr seines Schicksals sein.“¹² Militärische Eigenständigkeit soll nach dem Willen einer politischen Machtelite in Westeuropa in Zukunft kontinentale Züge tragen. Gerufen wird „nunmehr eine kühne politische Führung“, bei der „eine solche Integration (Europas) weit über die reine Rüstungszusammenarbeit oder die Entwicklung von Waffen hinausgehen (sollte).“¹³

Im Nuklearzeitalter sind Atomwaffen der einzige Schlüssel zu militärischer Macht: England und Frankreich treiben heute in der Tat ein nukleares Aufrüstungsprogramm voran, das bis 1996 die Zahl ihrer ständig einsatzbereiten Gefechtsköpfe auf über 2000 verdreifachen soll (siehe Tabelle).

Eine „franco-britische Entente Cordiale“ aus überwiegend seegestützten Raketen¹⁴ könnte in den neunziger Jahren - ohne amerikanischen Beistand - der UdSSR einen „unannehmbaren Schaden“ zufügen,¹⁵ jenes Maß an atomarer Zerstörung, das der seinerzeitige US-Verteidigungsminister McNamara in den sechziger Jahren für die Supermacht USA als ausreichendes Abschreckungspotential erachtete.¹⁶ Die Bundesrepublik ist die wirtschaftlich führende Macht in Europa. In einen westeuropäischen Nuklearbund eingebettet liegt daher das „deutsche Problem“, wonach ausgerechnet der exponierteste NATO-Staat sich in einem innereuropäischen Krieg nicht eigenständig mit Nuklearwaffen verteidigen dürfte, weil ihn hieran alliierte Beschränkungen hindern. Bonn suchte daher stets Garantien für einen nuklearen Beistand, was Frankreich als Teil der strategischen Einheit Westeuropa glaubwürdiger leisten könnte als die USA. 1963 ratifizierte der Bundestag den Elysee-Vertrag unter internationalem Druck nur mit einer Präambel, die die Bundesregierung auf Weitererfüllung aller völkerrechtlichen Beschränkungen trotz der geplanten militärischen Kooperation mit Frankreich festlegte. Dies bedeutete vor allem eine Bekräftigung des nicht-nuklearen Status der Bundesrepublik auch in einem Prozeß der europäischen Einigung. Unter Verweis auf offenbar vielstimmige Rückendeckung hat Rainer Barzel erst vor kurzem seine Ablehnung gegenüber dieser Beschränkung staatlicher Souveränität ausgesprochen.¹⁷ Und der bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß verlangt bereits nach einem „gemeinsamen europäischen Atomwaffenpotential.“¹⁸

12 DeGaulle in einer Straßburger Rede von 1963, zit. n. E. Obermann, Verteidigung, Stuttgart 1970, S. 324.

13 H. Schmidt, Deutsch-französische Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik, in: Europa-Archiv (EA) 11/87, S. 309,312.

14 R. Barre, The Alastair Buchan Memorial Lecture 1987, in: Survival (SVL) July/August 1987, S. 297.

15 Berechnungen bei J. Prados u. a., The Strategie Nuclear Forces of Britain and France, in: Scientific American, August 1986, S. 36 f, 39.

16 Fähigkeit der atomaren Vernichtung von $Y_A - Y_d$, der Bevölkerung und $Y_i - \%$ der Industrie in der UdSSR, vgl.

R. S. McNamara, The Essence of Security, New York 1968, S. 52 f.; K. D. Schwarz, Amerikanische Militärstrategie 1945-78, in: Ders. (Hg.), Sicherheitspolitik, Bad Honnef-Erpel 1978, S. 358.

17 R. Barzel, Rede zum 40. Gründungstag der deutsch-französischen Gesellschaft Cluny, Hamburg, 18.11.87, in: BT 109/87, S. 1109.

18 Süddeutsche Zeitung (SZ) 2. 5. 87, S. 2.

Bruchpunkt Null-Lösung

„Wir würden sie nicht wünschen, auch wenn wir sie haben könnten.“ (Alexander Haig)¹⁹

Ehemals von den USA im Vertrauen auf sowjetische Ablehnung angeboten,²⁰ von „Politikern wie Margaret Thatcher und Helmut Kohl (als) Public-Relations-Trick“ verstanden,²¹ ist die Null-Lösung bei den landgestützten Mittelstreckenraketen in Europa perfekt: Es war die eherne Bedingung der westlichen Verhandlungsseite, daß die nukleare Aufrüstung Westeuropas von einem Genfer Abkommen nicht berührt werden dürfe. Da die Sowjetunion eine Anrechnung dieser „Drittstaatsysteme“ samt deren Einfrieren forderte, blockierte dies die Verhandlungen seit Winter 1981. Die sowjetische Forderung wurde erstmals durch eine Erklärung von Außenminister Eduard Schewardnadse am 21. September 1986 aufgehoben.²² Erst dann war der Weg zur Null-Lösung frei, bis ihn das SDI-Junktim der UdSSR auf dem darauf eilig anberaumten Gipfeltreffen in Reykjavik wieder versperrte. Der Gipfel scheiterte. Das brachte in Westeuropa heimliche Erleichterung über den Fehlschlag eines amerikanischen Alleinganges: „Die Verbündeten sind offenbar froh, daß die amerikanische Kompromißlosigkeit in Sachen SDI ein Abrüstungsabkommen in Island verhindert hat, das zum Abzug der Atomraketen aus Europa hätte führen können.“²³ Doch die kurze Verschlechterung des Klimas konnte „die Sorgen, die das Gipfeltreffen von Reykjavik in unseren Ländern hervorgerufen hat,“²⁴ nur vorübergehend zerstreuen. Entsetzen kam auf, als Gorbatschow nicht nur das SDI-Junktim löste, sondern gleich eine „doppelte Null-Lösung“ anbot.

Gorbatschows Vorschläge waren der westlichen Position derart nahe gekommen, daß ihre Ablehnung ohne öffentlichen Gesichtsverlust gar nicht mehr möglich war. Der materiell entscheidende Nachteil für Westeuropas Regierende liegt im Abzug von Pershing-II und Cruise Missiles. Als Ersatz dieser Systeme wird sich die Entwicklung einer euronuklearen Supermacht beschleunigen.

Nuklearstrategie in Europa

„Wer aber von einem Krieg abschrecken will, muß ihn kämpfen können.“
(Manfred Wörner)²⁵

Die westliche Militärstrategie für Europa lautet kurz gefaßt, daß eine (konventionelle) Aggression des Ostens, angepaßt an ihr Konfliktniveau, durch

19 Zusammenfassung der US-Verhandlungsposition im Oktober 1981, zit. n. S. Talbott, Raketenschach, München 1984, S. 126.

20 Ebda; A. Haig, Geisterschiff USA. Wer macht Reagans Außenpolitik?, Stuttgart 1984, S. 266.

21 Les Aspin, zit. n. SZ, 18. 3. 87, S. 6.

22 International Herald Tribune (ET), 22. 9.86, S. 6.

23 Kenneth Adelman, zit. n. SZ, 13.2. 87, S. 10.

24 J. Chirac, Rede vor der WEU-Versammlung, Paris, 2.12. 86, in: EA 2/87, S. D44

25 Resümee seines programmatischen Aufsatzes. M. Wörner, Taktische Nuklearwaffen und die Verteidigung Europas, in: Europäische Wehrkunde (EWK) 12/77, S. 605.

den eskalatorischen Einsatz von konventionellen Kräften, taktischen und strategischen Kernwaffen (Triade) solange zurückgeschlagen wird, bis die Sowjetunion einsieht, daß ein Waffenstillstand weiterer Vernichtung vorzuziehen ist. Ursprünglicher Leitgedanke dabei war, den Schaden durch eine langsame Eskalation einzugrenzen. Dies war illusorisch, schon wegen des Anspruchs auf Ersteinsatz von Kernwaffen, und gilt heute im wesentlichen nicht mehr. Im Oktober 1986 modifizierten die Verteidigungsminister der NATO in Gleneagles diese offizielle Militärstrategie der Flexible Response. Seither sieht der Westen für den Fall eines innereuropäischen Krieges offen den frühzeitigen und zielgerichteten Nuklearschlag mit weitreichenden Raketen gegen Ziele auf sowjetischem Gebiet vor.²⁶ Die Eskalation wurde also erheblich beschleunigt.

Seit Gleneagles ist Frankreichs „eigenständige“ Strategie praktisch die gleiche wie die der NATO. Sobald das „Sanktuarium“ des französischen Territoriums verletzt ist, leitet die Force de Frappe eine „rapide Eskalation zum Extremen“ ein,²⁷ also den Einsatz französischer Mittelstreckenwaffen. Zudem näherte sich Paris in zwei Schritten der NATO-Planung an: Mit der Einführung kurzreichender Raketen kam 1974 innovativ hinzu, daß zunächst der Einsatz taktischer Kernwaffen zum Abstoppen einer konventionellen Aggression auf deutschem Gebiet erfolgt.²⁸ Ende der siebziger Jahre wurde dann der weitreichende Nuklearschlag durch die Integration von politischen und wirtschaftlichen Punktzielen in die Einsatzplanung²⁹ dem Zielprogramm der NATO im Kern gleichgeschaltet.³⁰ Gleneagles brachte 1986 den letzten Schritt.

Die Modifizierung der Flexible Response stellte vornehmlich auf die Pershing-n ab. Ihre Beseitigung durch die Null-Lösung bereitet den Strategen von Gleneagles Bauchschmerzen. Gerade den Deutschen galt die Pershing-II als Hebel zu einer rapiden Eskalation innereuropäischen Krieges auf das Extrem der interkontinentalen Ebene, womit amerikanisches Territorium in einen europäischen Atomkrieg einbezogen würde. Eine solche „Ankoppelung“ an die nukleare Apokalypse eines amerikanisch-sowjetischen Schlagabtausches sollte die UdSSR von lokalen Abenteuern vor allem in Mitteleuropa abschrecken - zum Schutz der Deutschen. „Alle Militärpläne, an die sich die westliche Seite bis auf den heutigen Tag hält, gehen davon aus, daß der Westen den Nuklearkrieg beginnt... Die Deutschen verstehen diese Wahrheit viel besser als irgendjemand sonst in Europa und Amerika, weil sie im Zielgebiet all dieser Kernwaffen leben... Implizit aber, ohne dies so auszudrücken, heißt das für die Deutschen, daß der Westen, indem er sich selbst verteidigt,

26 Vgl. Der Spiegel 43/86, S. 23; Neue Züricher Zeitung, 23.10.86, S. 1; Kölner Stadt-Anzeiger, 21.10.86, S. 6, 23.10.86, S. 2.

27 C. Hernu, La politique et la volonté de défense, in: Politique Internationale, Sommer 1982, S. 14.

28 J. Schwarz, Frankreichs Militärstrategie von 1958-1978, in: Schwarz (Anm. 16) Aufl. 1986, S. 215-217.

29 D. S. Yost, France's Deterrent Posture and Security in Europe: Capabilities and Doctrine, Pt. 1, Adelphi Papers (AP) No. 194, Winter 1984/85, S. 15 f.

30 Vgl. etwa D. Ball, Targeting for Strategie Deterrence, AP No. 185, Summer 1983.

Deutschland zerstören wird."³¹ Die Deutschen würden in einem begrenzten Krieg ebenso sterben wie in einem globalen, nur gilt der Abschreckungseffekt des globalen als weitaus höher. Ein Abzug der weitreichenden Kernwaffen aus Mitteleuropa, die unmittelbar empfindliche Schläge gegen den Moskauer Kern der sowjetischen Streitmacht führen können, läßt somit im Sinne der Flexible Response eine Abschreckungslücke entstehen. „Landgestützt standen sie einer sowjetischen Invasion direkt im Weg. See- und luftgestützte Nuklearwaffen hingegen müssen erst durch eine Entscheidung des amerikanischen Präsidenten auf den Weg gebracht werden... Wann dieser Fall eintritt, weiß man nur in Washington und nicht in Europa."³²

Frankreich und Großbritannien garantieren durch ihr Territorium. Als Ersatz für Westeuropa bieten sich ausgerechnet die britisch-französischen Systeme an. Die Übernahme des „chirurgischen“ Zielprogrammes der Pershing-II erlaubt ihnen eine hohe Zielgenauigkeit ihrer einzeln lenkbaren Mehrfachsprengköpfe. Legt man die bislang publizierten Daten zugrunde³³, so erzielen die 80 MSBS-M4 und 64 Trident-Ü zusammen eine Fähigkeit zur Zerstörung harter Punktziele (Letalität), die an die Kapazitäten des Pershing-II-Arsenals heranreicht. Sollte es sogar zu einer für die amerikanischen Trident bereits vorgesehenen Nutzung der ab 1988 im Orbit arbeitenden NAVSTAR-Satelliten der USA zur Endphasenlenkung kommen (und Frankreich ist eine Nutzung für die Schiffsnavigation vertraglich bereits zugesichert),³⁴ würden allein die französischen MSBS-M4 die Letalität der 120 stationierten Pershing-II übertreffen.³⁵ Entsprechenden Modernisierungen der westeuropäischen Raketensysteme stünde in den neunziger Jahren nichts im Wege. „Die neuen britischen und französischen Nuklearstreitkräfte werden den sowjetischen Block vor eine völlig neue strategische Situation stellen. Eine wesentliche Folge ist, daß die Glaubwürdigkeit der NATO-Doktrin der Flexible Response nicht mehr länger vom amerikanischen Nuklearpotential abhängen wird . . . Westeuropa wird bald eine nukleare Triade besitzen, die fähig ist, mit den Sowjets bis zu einem verwüstenden Niveau des Schlagabtausches hinauf zu eskalieren.“³⁶

Sorgten sich europäische Strategen bislang: „Kritisch ist vor allem, daß faktisch das nukleare Entscheidungsmonopol für die NATO bei der außereuropäischen Macht USA liegt,³⁷ so können Westeuropäer der UdSSR in Zukunft bei

31 Schmidt 1987 (Anm. 13), S. 308.

32 E. O. Czempiel, Abrüstung und die Zukunft Europas, in: Merkur 12/87, S. 1064.

33 SIPRI, Atomwaffen in Europa. Rüstungsjahrbuch '82/83, Reinbek 1983, S. 46 f.; International Institute for Strategic Studies, The Military Balance 1986/87, London 1986, S. 200, 202; D. S. Yost, France's Deterrent Posture and Security in Europe: Capabilities and Doctrine, Pt. 1, Adelphi Papers No. 194, Winter 1984/85, S. 22, 67.

34 W. Schuetze, SDI oder EUREKA?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 44/85, S. 37.

35 Die durchschnittliche Zielabweichung der Trident-II würde auf 40 % der ohne NAVASTAR erreichten fallen: 100 m, vgl. R. C. Aldridge, Erstschatz! Die Pentagon-Strategie für den Atomkrieg, München 1984, S. 102.

36 G. M. Seignious u. a., Europe's nuclear Superpowers, in: Foreign Policy, Summer 1984, S. 46 f.

37 K. P. Stratmann, Aspekte der sicherheitspolitischen und militärstrategischen Entwicklung in den 90er Jahren, Stiftung Wissenschaft und Politik SWP-AP 2474, Juni 1986, S. 20.

rapider Eskalation mit nuklearer Vernichtung drohen, und zwar nach den Maßstäben von Gleneagles: „Und zwar nicht einfach mit dem Eskalationsrisiko in nukleare Kriegführung auf Gegenseitigkeit, sondern mit einem hohen operativ-strategischen Risiko auf ihren Streitkräften, auf ihrem Militärapparat, auf ihrer Kriegsführungsfähigkeit.“³⁸ Sobald aber der amerikanische Nuklearschirm für Europa überflüssig wird, ist das Scharnier der militärisch begründeten Hegemonie der USA im Westen gebrochen. Das atlantische Zeitalter geht zu Ende.

Der Status einer Supermacht...

„Militärische Macht ist das sine qua non, das den Gebrauch anderer politischer Mittel erlaubt, um vitale und nationale Interessen zu sichern.“
(Jack LeCuyer)³⁹

Die Atombombe hat alles verändert, nur nicht das Denken. Einsteins Satz trifft ins Herz konservativer Außenpolitik, die im Nuklearzeitalter Machtpolitik gebheben ist. „Die beste Einstellung zu militärischer Macht ist, sie als Garanten diplomatischer Erfolge zu begreifen. Eine Nation, deren Militärmacht mittelmäßig ist, wird ihren Einfluß und ihre diplomatische Wirksamkeit zwangsläufig einbüßen. Nur ein glaubwürdiges Gleichgewicht zwischen militärischer Macht und einer mit ihr verbundenen energischen Außenpolitik kann Frieden und Stabilität sichern.“⁴⁰

Macht ist dann unglaubwürdig, wenn sie sich auf eine leere Drohung gründet. Eine Anwendung von Atomwaffen in internationalen Konflikten könnte in einen allgemeinen Atomkrieg eskalieren, was letztlich nichts anderes bedeutet als mit dem möglichen Selbstmord zu drohen. Auch würde die Auslösung eines Nuklearschlages politisch eine tiefe moralische Achtung als Kriegsverbrecher nach sich ziehen. Atomwaffen sind folglich ein schlechtes Druckmittel, und tatsächlich wurden die großen Militärmächte im Nuklearzeitalter weit öfter Zielscheibe von äußerer Aggression als zuvor.⁴¹ Kernwaffen sind stumpfe Waffen, und doch der Inbegriff nationalstaatlicher Omnipotenz, denn „letztlich sind sie ein Ausdruck für die Kraft des Staates, der sie besitzt.“⁴² Es ist der bekennende Glaube konservativer Außenpolitik in den machtpolitischen Nutzen nuklearer Drohgewalt: „Dank der Glaubwürdigkeit und Eigenständigkeit unserer Abschreckungskräfte wird auf Frankreich in der Welt gehört.“⁴³

38 M. Wömer, Rede auf der 32. Jahrestagung der Atlantic Treaty Association, Mainz, 18.9.86, in: BT106/ S. 902.

39 J. LeCuyer, Burden Sharing: Has the term outlived its usefulness?, in: Atlantic Community Quarterly, Spring 1984, S. 64.

40 A. Haig, Interview, Der Spiegel 1-2/81, S. 99.

41 Vgl. C. S. Gochmann u. a., Militarized Interstate Disputes, 1816-1976. Procedures, Patterns, and Insights, in: Journal of Conflict Resolution (JCR), December 1984, S. 596.

42 Haig 1984 (Anm. 20), S. 255.

43 C. Hernu, zit. n. Yost 1984 (Anm. 29), S. 46.

Der ökonomische Nutzen militärischer Stärke

„Europas Zukunft ist gebunden ... an seine Fähigkeit den technologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen des Fernen Westens und des Fernen Ostens zu begegnen.“
(Francois Heisbourg)⁴⁴

Die weltwirtschaftliche Führungsrolle Amerikas widerspricht den tatsächlichen Kräfteverhältnissen auf dem Weltmarkt schon seit den sechziger Jahren. „Die USA sind nicht länger in der Lage, aus einer Position militärischer und wirtschaftlicher Überlegenheit die Entwicklung der Weltpolitik zu kontrollieren ... Westeuropa dagegen ist nicht länger ein instabiles, machtloses und in höchstem Maße in seinem Bestand gefährdetes Gebilde, das um jeden Preis des äußeren Schutzes bedarf, sondern eine Staatengemeinschaft, die wirtschaftlich zu den führenden Mächtigkeitsgruppen in der Welt zählt, militärisch über starke konventionelle Streitkräfte und ein begrenztes Atompotential verfügt und auch politisch trotz schwieriger Entscheidungsfindung und mangelhafter Abstimmung bei außenpolitischen Fragen erheblich an Gewicht gewonnen hat.“⁴⁵

Die Mitgliedstaaten der gegenüber den USA erheblich größeren Europäischen Gemeinschaft einigten sich im Dezember 1985 in Luxemburg, durch den Abbau aller internen Handels- und Dienstleistungshemmnisse bis 1992 einen gemeinsamen europäischen Binnenmarkt zu schaffen. „Die Vollendung dieses umfassenden Binnenmarktes von Dublin bis Athen, von Lissabon bis Kopenhagen wird die Gemeinschaft zu einem größeren Markt machen, als die USA es sind.“⁴⁶ Dieser neuen wirtschaftlichen Einigung stehen die USA allerdings in ihrer überbrachten „Stellung als Führungsmacht der NATO“⁴⁷ im Wege. „Wir haben versucht, ein übernationales Europa mit einer eng integrierten atlantischen Gemeinschaft unter amerikanischer Führung zu verbinden. Diese Ziele werden sich wahrscheinlich als unvereinbar erweisen,“ erkannte Kissinger bereits 1965.⁴⁸

Steigt Westeuropa militärisch zu einer Supermacht auf, löst es sich nicht nur vom militärischen Führungsanspruch der USA, sondern auch vom ökonomischen, denn „die Europäer (können) es nicht auf beiderlei Weise haben. Sie können nicht an der Sicherheitsfront die Beteiligung und Kooperation der Vereinigten Staaten haben und dann fortfahren, Konfrontation und sogar Feindseligkeit an den ökonomischen und politischen Fronten zu haben.“⁴⁹ Die

44 Heisbourg 1987 (Anm. 7).

45 M. Görtemaker, Bündnis mit Zukunft. Krisen und Strukturveränderungen erfordern eine Umgründung der Atlantischen Allianz, in: Der Monat Nr. 290, 1984, S. 34.

46 H. D. Genscher, Rede vor dem Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels, Bonn, 13.10. 87, in: BT 107/87, S. 922.

47 D. Wellershof, Rede auf der 29. Kommandeurtagung der Bundeswehr, Oldenburg, 3. 6. 87, Bundesminister der Verteidigung (BMVg), Material für die Presse, 2. 6. 87, S. S.

48 H. Kissinger, The troubled Partnership, New York 1965, S. 241.

49 Richard Nixon 1974 in einer Rede in Chicago, zit. n. G. C. Bare, Burden-Sharing in NATO: The Economics of Alliance, in: ORBIS, Summer 1976, S. 433.

drückenden wirtschaftlichen Sorgen der USA schließen eine Fortsetzung der globalen Interessenvertretung des Westens in klar erkennbarer Weise aus. Das Scheitern der Reaganomics war der letzte schlagende Beweis dafür, daß Amerika mit der alten Politik der Stärke überfordert ist. „Für die USA wäre die Entwicklung einer westeuropäischen Verteidigungsgemeinschaft innerhalb der NATO keine Gefahr, sondern eine Entlastung.“⁵⁰ Der Preis wird eine völlig gewandelte Bündnisstruktur sein. Eine euronukleare Supermacht beansprucht einen „de facto gleichen Status innerhalb der Allianz.“⁵¹

Ein solcher militärischer Statuswandel wird sich langfristig auf das politische Gewicht der Stimmen Europas und Amerikas auswirken und zudem eine Reihe ökonomischer Veränderungen hervorrufen. Gescheitert ist zunächst die Bündnisstrategie der USA, ihr seit Beginn der fünfziger Jahre chronisches Zahlungsbilanzdefizit durch Lastenteilung innerhalb der NATO zu sanieren (Truppenausgleichszahlungen, europäische Rüstungskäufe in den USA).⁵² Eine Verlagerung des Stimmengewichts auf den Wirtschaftskonferenzen des industrialisierten Westens dürfte zudem weitgehende Auswirkungen auf die gesamte Psychologie des Marktes und damit seine spekulativ bestimmten Anlage- und Handelsströme haben.

Schließlich entsteht angesichts der verschärften Konkurrenz auf den Hochtechnologie-Märkten eine neue westeuropäische „Entschlossenheit zur . . . Aufrechterhaltung der technologischen und industriellen Grundlagen in Europa,... um die Entwicklung einer starken und wettbewerbsfähigen europäischen Rüstungsindustrie sicherzustellen.“⁵³ Forschungspolitik gilt als Schlüssel zur Exportsicherung. Auf dem Rüstungssektor führt der wachsende Anteil elektronischer Bauelemente in Waffensystemen zu Kostensprüngen, die in Europa eine internationale Lastenteilung erfordern. Mit der Elektronisierung steigt die Verwertbarkeit militärischer Forschungssubvention für die zivile Produktion,⁵⁴ und dies bedeutet die gezielte staatliche Förderung der großen Technologieunternehmen in Europa für den Wettbewerb auf dem Weltmarkt. Die großen Rüstungsunternehmen sind nämlich in technologieorientierte Konzerne integriert. Ähnliches spielt sich etwa auf dem Telekommunikationssektor ab. Durch Zusammenarbeit in der Rüstung versprechen sich die WEU-Staaten, „eine mehr wettbewerbsfähige Industriebasis in Europa.“⁵⁵ Über Möglichkeiten hierzu hat im Juni 1987 eine eigens eingerichtete Studiengruppe den westeuropäischen Verteidigungsministern berichtet.⁵⁶ Die Minister beschlossen anschließend, „eine offene freie Marktwirtschaft für Rüstungsgüter im nicht-kommunistischen Europa zu schaffen.“⁵⁷

50 Görtemaker 1984 (Anm. 43), S. 48.

51 Heisbourg 1987 (Anm. 7), S. 50.

52 Vgl. E. Thiel, Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sicherheitspolitik in den atlantischen Beziehungen, in: SWP (Hg.), Polarität und Interdependenz, Baden-Baden 1978, S. 85-96; Dies., Dollar-Dominanz, Lastenteilung und Amerikanische Truppenpräsenz in Europa, Baden-Baden 1979.

53 Westeuropäische Union (WEU), Kommunique der Sitzung des Ministerrats, Luxemburg, 27/28.4. 87, S. 5.

54 H. E. Reichelstein, Strukturwandel der Rüstungsindustrie, in: EWK 7/87, S. 387 f.

55 Britischer Verteidigungsminister, Erklärung zum Haushaltsplan 1987, London (dt. Übers.), Z. 504 f.

56 Ebda.

57 SZ, 24.6.87, S. 8.

Die globale Ebene...

„Die Westeuropäische Union soll sich ebenfalls mit den Auswirkungen von Krisen in anderen Regionen der Welt auf Europa befassen.“
(Bundesminister der Verteidigung)⁵⁸

Ministerpräsident Chirac erhofft sich durch den Ausbau von Frankreichs Nuklearmacht ein starkes Europa, das heute noch „zu oft als Spielball von Kräften, auf die es keinen Einfluß hat, (erscheint).“⁵⁹ Als Inbegriff der militärischen Macht dient die Nuklearrüstung ebenso der Absicherung wirtschaftlicher Hegemonie über die Staaten der Dritten Welt. „Die Sicherheit der westlichen Welt hängt von einem funktionierenden internationalen System des Handels und des Austausches ab. Aus dieser Abhängigkeit kann sie sich nicht - oder jedenfalls nicht völlig - durch das Streben nach Wirtschafts-, Energie- und Rohstoffautarkie befreien. Dies gilt insbesondere für Europa. Darum muß der Westen seine Anstrengungen darauf konzentrieren, dieses internationale System funktionsfähig zu halten und zu stabilisieren. Dazu bedarf es positiver Beiträge des Westens ebenso wie der entschlossenen Abwehr von Störungen.“⁶⁰

Eine offensivere Globalrolle Westeuropas liegt erklärtermaßen im amerikanischen Interesse. „Europa Hegt näher als Amerika an vielen der Unruheherde dieser Welt und hängt stärker als Amerika von den internationalen Märkten und von externen Rohstoffquellen ab . . . Europa ist zu groß geworden, zu stabil und zu sicher - und es geht für es um zu viel -, als daß es die schwierigen Aufgaben der Verteidigung der westlichen Interessen in der ganzen Welt den Vereinigten Staaten überlassen könnte.“⁶¹ Bei George Shultz heißt es programmatisch: „Der Westen kann von einer wesentlichen Rolle Europas in weltweiten Angelegenheiten nur profitieren.“⁶² Die Einbeziehung von französischen, britischen und italienischen Schiffen in die Aktionen im Persischen Golf dürften Vorboten dieser Entwicklung sein.

... und ihre nukleare Dimension

„Bestimmte europäische Länder behalten wesentliche politische und wirtschaftliche Verpflichtungen in Übersee, und sind bereit dafür zu kämpfen.“
(Francois Heisbourg)⁶³

Seit über drei Jahrzehnten ängstigt die Großmächte eine Weiterverbreitung der Kernwaffen in die Dritte Welt. Diese zentrale Bedrohung ihrer weltpolitischen Machtstellung gingen sie ab 1962 auf diplomatischem Weg an,⁶⁴

58 Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), Weißbuch 1985. Zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr, Bonn 1985, S. 19.

59 Chirac 1986 (Anm. 24).

60 M. Wörner in einer Rede vor der Internationalen Wehrkundetagung in München 1975, zit. n. K. v. Schubert, Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation 1945-1977. Teil H, Köln 1979, S. 595 f.

61 R. Burt, Europa und das Bündnis. Rückkehr zum Zwei-Säulen-Konzept, Amerika-Dienst, 26.2.86, S. 13, 15.

62 G. Shultz, New Realities and newways of thinking, in: FA, Spring 1985, S. 710.

63 Heisbourg 1987 (Anm. 7), S. 47.

64 Vgl. J. H. Barton u. a., International Arms Control. Issues and Agreements, Stanford 1976, S. 296.

noch ehe mit dem SALT-Prozeß die eigene Abrüstung auf der Tagesordnung stand. Denn eine schon im kommenden Jahrzehnt vielfach atomar gerüstete Dritte Welt⁶⁵ wirft das militärische Abschreckungsverhältnis auf der Nord-Süd-Achse um, indem sie die Unantastbarkeit des Territoriums der Industriestaaten jäh beendet. Der 1995 auslaufende Atomwaffensperrvertrag hat lediglich eine Verzögerung dieser Konsequenz von wissenschaftlichem Austausch und des Exports ziviler Kerntechnologie herbeigeführt.

Es gibt Anzeichen, daß die industrialisierten Staaten mit der Vorbereitung begonnen haben. Um Atomversuche in der Dritten Welt zu beobachten und Streitkräfte global zu bewegen, werden Satelliten benötigt, die Chirac ab 1992⁶⁶ einsetzen will, um „ein autonomes Potential zur Bewertung von Bedrohungen und Krisen“ zu erhalten. Denn die Erfahrung lehre, „daß die Dimension der Sicherheit nie vergessen werden darf. Wir müssen daher über ein möglichst breites Spektrum von Mitteln verfügen, die von militärischer Hilfe und Ausbildungshilfe bis zu Eingreifstreitkräften mit großer Reichweite gehen.“⁶⁷

Kernwaffen reihen sich nahtlos in dieses Interventionspotential ein, wenn die Welt vielfach nuklear bewaffnet sein sollte. Frankreich verfügt eigenständig über seine Kernwaffen. Die Regierung Großbritanniens unter dem letzten „großen“ Tory MacMillan ließ sich 1962 von den USA als Lieferanten der britischen Atomflotte und NATO-Vormacht im Pakt von Nassau zusichern, „ihre gegenwärtig der NATO unterstellten wichtigen Kräfte auch allein für nationale Belange einzusetzen, falls die ‚vitalen nationalen Interessen‘ auf dem Spiel stehen.“⁶⁸ Die ursprüngliche Funktion der Nassau-Klausel war es, den amerikanischen Nuklearschirm für Europa zu sichern. Die britische Atomflotte sollte das Verbindungsglied zwischen taktischen Kernwaffen in Europa und den strategischen der USA darstellen, wie DeGaulle dies ebenfalls mit den französischen beabsichtigte. Aber darüber hinaus berechtigt die Nassau-Klausel die britische Regierung, eigenständig eine nukleare Rolle in Konflikten mit der Dritten Welt zu spielen. Die NATO-Planung konzentriert sich auf Europa. Eine Kriegführung in anderen Regionen obliegt den nationalen Autoritäten. Der Falklandkrieg von 1982 scheint hier ein Beispiel zu geben.⁶⁹ Tatsächlich sind die nuklearen U-Boot-Raketen und trägergestützten Kampfflugzeuge von England und Frankreich mittels Satellitenaufklärung und -kommunikation binnen Stunden weltweit einsetzbar im Sinne eines „Potentials

65 Als Schwellenmächte oder bereits nuklear bestückt gelten Ägypten, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Irak, Iran, Israel, Libyen, Pakistan, Südafrika, Taiwan, vgl. L. Spectator, Non-Proliferation: The Reagan-Record, in: Arms Control Today, January 1985, S. 2 ff; Britische Studie im Bericht der Frankfurter Rundschau, 2. 6. 84, S. 2.

66 Projekt „Helios“, vgl. Aviation Week and Space Technology, 23.12. 85, S. 59.

67 J. Chirac, Rede vor dem Institut des Hautes Etudes de Defense Nationale, Paris, 12.9.86, in: EA 2/87, S. D34, D37.

68 United Nations, Die UNO-Studie: Kernwaffen, München 1982, S. 143.

69 Nach britischen Presseberichten soll ein Polaris-U-Boot eine Vernichtungsdrohung gegen die argentinische Großstadt Cordoba vorbereitet haben für den Fall, daß ein britischer Flugzeugträger versenkt würde, vgl. FAZ 24. 8. 84, S. 6; FR, 24. 8. 84, S. 1,25. 8. 84, S. 1.

für ozeanische Aktionen, das ausreicht, um unsere Entscheidungsfreiheit zu schützen."⁷⁰

Schutz der Entscheidungsfreiheit auch um den Preis des Kriegs, sogar eines Atomkriegs? In einer Welt mit einem Dutzend nuklear bewaffneter Staaten wird diese Gefahr wirklich weit höher steigen als heute. Zum einen ist es der historische Trend: Seit der Schaffung eines Kräftegleichgewichts in Europa mit dem Wiener Kongreß von 1815 ist die Zahl militärischer Auseinandersetzungen stetig angestiegen,⁷¹ seit 1890 verbunden mit einem steten Anwachsen des Konfliktniveaus, insbesondere im Falle der Beteiligung von Großmächten.⁷² Dies gilt vor dem Hintergrund, daß die Gefahr lokaler Kriege im nächsten Jahrzehnt mit der wirtschaftlichen Not und horizontaler Proliferation ansteigen wird, inmitten eines Klimas besorgniserregender allgemeiner Aufrüstung in den sich entwickelnden Ländern der Dritten Welt. Zum anderen wird eine euronukleare Supermacht in viele dieser schwelenden Konflikte einbezogen sein, eingedenk ihrer kolonialen Herkunft, Bündnismitgliedschaften und weltwirtschaftlicher Interessen. Schon in der Vergangenheit sind England und Frankreich solcher Zusammenhänge wegen immer wieder in Kriege verwickelt gewesen: Von 1945 bis 1976 war Frankreich in 12 Kriege verwickelt, Großbritannien in 20.⁷³

Seit Hiroshima und Nagasaki hat es keinen Atomkrieg gegeben. Ist damit die Richtigkeit der Abschreckungspolitik erwiesen? Abschreckung dient allgemein der „Aufrechterhaltung des Status quo“.⁷⁴ Nukleare Abschreckung versagt dann, wenn Nuklearstaaten den Status quo revoltieren. In den neunziger Jahren wird diese Gefahr erstmals wachsen, und zwar in Staaten der Dritten Welt. Seit 1945 wurden Industriestaaten meistens dann in Kriege verwickelt, sobald Länder der Dritten Welt ihre hegemonialen Interessen verletzen. Hauptursache ist dabei die Eskalation von Bürgerkriegen. Eine konflikteindämmende Wirkung der Abschreckung ist lediglich im Ost-West-Verhältnis ein Faktor der Kriegverhütung gewesen, etwa bei der Deeskalation von Stellvertreterkriegen. Die Entwicklung im Nahen Osten zeigt lehrbuchhaft, daß Krieg immer dann ausbricht, wenn der Status quo für einzelne Opponenten unerträglich wird. Der Einsatz amerikanischer Drohinstrumente zur Konflikteindämmung spielte nur eine marginale Rolle, und wenn die Abschreckung doch einmal von Bedeutung war, dann nur eingebettet in „ein breites Spektrum von politischen Instrumenten.“⁷⁵ Nicht zuletzt dieses politische Instrumentarium wird unter der nuklearen Weiterverbreitung leiden.

70 Chirac 1986 (Anm. 65), S. D37.

71 Vgl. K. J. Gantzel, Tolstoi statt Clausewitz!? Überlegungen zum Verhältnis von Staat und Krieg seit 1816 mittels statistischer Beobachtungen, in: R. Steinweg (Hg.), Friedensanalysen 21. Kriegsursachen, Frankfurt/M. 1987, S. 44 f., 66, 76.

72 Ebda, S. 66; Gochman 1984 (Anm. 39), S. 600-602.

73 I. Kende, Kriege nach 1945. Eine empirische Untersuchung, Militärpolitik Dokumentation Nr. 27, Frankfurt/M. 1982, S. 51 f.

74 H. Schmidt, Strategie des Gleichgewichts, Stuttgart 1969, S. 19.

75 J. G. Stein, Extended Deterrence in the Middle East: American Strategy Reconsidered, in: World Politics, April 1987, S. 326-352.

Das bipolare Machtsystem von USA und UdSSR, die als anerkannte Hegemonialmächte regionale Krisen unter sich verhandeln können, wird sich erstmals in ein multipolares verwandeln - bestehend aus vier Großmächten und vielen regionalen Nuklearmächten. Dadurch wird internationales Krisenmanagement wesentlich schwieriger werden, was wiederum die Gefahr von Eskalation und Krieg erhöht.

Der Zwang zur Kooperation

„Heute gibt es nicht mehr länger irgendetwas wie Strategie, da ist nur noch Krisenmanagement.“
(Robert S. McNamara)⁷⁶

Über der Welt hängt das Damoklesschwert des Atomkrieges, dessen Ausbruch selbst bei erfolgreicher Begrenzung eine Katastrophe von ungeheurem Ausmaß darstellen würde. Eine Eskalation begrenzter Atomkriege über regionale Grenzen hinaus könnte leicht die nukleare Apokalypse heraufbeschwören. Aus diesen grundsätzlichen Erwägungen heraus einigten sich USA und UdSSR 1961 in den McCloy/Sorin-Vereinbarungen auf eine „allgemeine und vollständige Abrüstung“ bis hinunter auf das Niveau von Polizeistreitkräften.⁷⁷ Diese Utopie der Abrüstung fand Eingang in der Präambeln aller seither geschlossenen Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle und ist auch von der britischen Regierung und der Bundesregierung mitunterzeichnet worden.⁷⁸ Jenseits der skeptischen Frage, ob eine solche Utopie jemals erreichbar sein wird, sollte sie doch als gemeinsame Orientierung dienen. Die Bemühungen um Rüstungskontrolle haben ein kompliziertes Geflecht von vertraglichen Einschränkungen der Kriegsführungsfähigkeit hervorgebracht, dennoch konnte nicht einmal der Rüstungswettlauf wirkungsvoll gestoppt werden. Rüstungskontrolle hat sich von ihrem Ursprung entfernt, wonach die Atomkräfte zur Abrüstung „gezwungen werden könnten durch die Abwesenheit irgendeiner Alternative als dem Weltuntergang.“⁷⁹

Geistige Väter der Rüstungskontrolle kritisieren heute, daß die Supermächte einem Denken in Zahlengrößen nicht genau bestimmbarer Paritäten erlegen sind, statt gemeinsam einfache Abrüstungsziele festzulegen, die dann auf unterschiedlichen Wegen erreichbar wären (partielle oder temporäre Unterlegenheiten wären dann tolerierbar).⁸⁰ Mit der Null-Lösung ist ein Anfang zur Umkehrung dieser Fehlentwicklung gemacht worden. Die entscheidende Fortsetzung wäre ein Vertrag über die im Grundsatz beschlossene Halbierung der strategischen Nuklearwaffen von USA und UdSSR. Angesichts der umstrittenen Frage einer Berücksichtigung von SDI und seege-

76 Einige Monate nach der Kubakrise im US-Kongreß, zit. n. A. L. George, Crisis Management - The Interaction of Political and Military Considerations, in: SVL, September/October 1984, S. 223.

77 Dok. in J. Delbrück (Hg.), Friedensdokumente aus fünf Jahrhunderten. Bd. 1, Kehl/Straßburg 1984, S. 241 f.

78 Daten der Unterzeichnung: Begrenzter Atomteststoppvertrag (GB 10.10.63, BRD 1.12.64), Atomwaffensperrvertrag (GB 1.7. 68, BRD 2. S. 75), Meeresbodenvertrag (GB 1.2. 72).

79 K. Boulding, The Domestic Implications of Arms Control, in: Daedalus (DL), Fall 1960, S. 859.

80 S. Drell, Arms Control: Is there still Hope?, in: DL Fall 1980, S. 181-187; T. C. Schelling, What went wrong with Arms Control?, in: FA Winter 1985/86, S. 219-233.

stützten Marschflugkörpern in einem solchen START-Abkommen benötigt ein Vertragsabschluß Zeit. Der nahehe Präsidenschaftswahlkampf in den USA dürfte den frühesten Termin für ein START-Abkommen auf Mitte 1989 verschieben. Die euronukleare Supermacht stünde dann - mit der Einführung britischer Trident-II-Raketen im Jahre 1990 - kurz vor ihrer Vollendung. Dies würde die Verhandlungen aus Moskauer Sicht vor völlig neue Voraussetzungen stellen, da der Sowjetunion erstmals ein ernsthaftes militärisches Gegengewicht neben den US-Streitkräften erwächst. Der Abrüstungsprozeß könnte leicht ins Stocken geraten. Der sowjetische Generalstabschef Achromjew jedenfalls kündigte an, daß die britisch-französischen Systeme „bei einer weiteren Reduzierung von Atomwaffen einbezogen werden (müssen).“⁸¹ Noch ist dies nicht die offizielle Politik, aber bei fortgesetzter Aufrüstung könnte START hieran scheitern.

Die Alternative ist eine neue Stufe des Rüstungswettlaufs, die Gorbatschows wirtschaftlich motiviertes Reformwerk unter dem hohen finanziellen Druck der Aufrüstung zunichte machen würde. Der gegenwärtig „goldene Moment für Rüstungskontrolle“⁸² wäre dann vertan. Und dies, obschon für die USA angesichts der erheblichen Haushaltsdefizite und der sich abzeichnenden Konjunkturkrise ein konstantes Interesse an der Rüstungskontrolle in den kommenden Jahren gesichert ist. Der Schlüssel zur Fortentwicklung oder Beendigung einer neuen Entspannungspolitik könnte somit in Westeuropa liegen und sich am Aufwuchs einer euronuklearen Supermacht entscheiden. Frankreich weigert sich beharrlich. Die britische Premierministerin Thatcher verlangte gar, eine Reduzierung der strategischen Kernwaffen von USA und UdSSR müsse „um ein vieles, enorm weiter“ über die vereinbarte Halbierung hinausgehen, ehe die britischen Kräfte eingebracht würden.⁸³ START kann hieran schon deshalb scheitern, weil ein Einfrieren sowjetischer Kernwaffen ohne Beschränkung der britisch-französischen Systeme die strategischen Raketentruppen der UdSSR hoffnungslos veralten ließe. Eine Entwicklung Westeuropas zur Supermacht würde nicht nur das Ende des atlantischen Zeitalters, sondern wahrscheinlich auch das der Rüstungskontrolle bedeuten. Damit wäre von den Supermächten auch endgültig Artikel IV (Verpflichtung zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung) des Atomwaffensperrvertrages gebrochen, und eine 1995 zu beschließende Verlängerung dieses für den Weltfrieden so wichtigen Abkommens aussichtslos geworden. Schließlich dürfte ein außer Kontrolle geratender Rüstungswettlauf die Kriegsgefahr erheblich anheben.

Eine Fortsetzung des Abrüstungsprozesses würde sich mittelfristig gleichermaßen schwächend auf die ja militärisch begründete Hegemonialstellung der USA im Westen auswirken. Das atlantische Zeitalter nähert sich auf beiden Wegen seinem Ende. Die lebenswichtige Frage ist, ob hiermit eine neue Ära des Kalten Krieges oder der Entspannung ausbricht. Es liegt in unserer Hand.

81 SZ, 3.3. 87, S. 1.

82 Edward Kennedy in: ET, 17. 2. 86, S. 4.

83 Financial Times, 8.12. 87, S. 1.